

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de aanbesteding van bepaalde ritten voor het vervoer van de leerlingen in augustus 1999 geschied is, dat andere ritten moeten worden aanbesteden, dat het derhalve onontbeerlijk is, de verdragen nieuw op te maken en de tarieven aan te passen met het oog op de nieuwe samenstelling van de Regering;

Op de voordracht van de Minister van Onderwijs en Opleiding, Cultuur en Toerisme;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. De bijlagen bedoeld in artikel 3, § 1 en § 2, van het besluit van de Executieve van 5 juni 1991 tot vastlegging van het bijzonder bestek voor het vervoer van de leerlingen die de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinrichtingen bezoeken, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 15 juni 1999, worden door de bijlagen bij dit besluit vervangen.

Art. 2. De bijlage bedoeld in artikel 6, § 3, van hetzelfde besluit wordt door de bijlage bij dit besluit vervangen.

Art. 3. Dit besluit heeft uitwerking op 1 september 1999.

Art. 4. De Minister bevoegd inzaken Onderwijs is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 10 februari 2000.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,
B. GENTGES

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2006 — 1146

[C – 2006/33026]

22. DEZEMBER 2005 — **Erlas der Regierung zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal der Regierung, des Ministeriums und bestimmter paragemeinschaftlicher Einrichtungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und vom 16. Juli 1993;

Auf Grund des Dekretes vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, insbesondere Artikel 1 bis 13;

Auf Grund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere des Artikels 24 § 1;

Auf Grund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes;

Auf Grund der Protokolle des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S4/2005 vom 20. April 2005 und Nr. S8/2005 vom 21. Oktober 2005;

Auf Grund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 28. April 2005;

Auf Grund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal vom 4. Mai 2005;

Auf Grund des am 5. Juli 2005 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegebenen Gutachtens des Staatsrates Nr. 38.484/3;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten zuständig für den Haushalt und das Personal;

Nach Beratung,

Beschließt:

Einrichtung des Dienstes

Artikel 1 - In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Sozialdienst zugunsten der in Artikel 2 bezeichneten Personen eingerichtet.

Anwendungsbereich

Art. 2 - Unter der Bedingung, dass sie keine Vorzüge von einem Sozialdienst einer anderen Einrichtung genießen, sind die Nutznießer des Sozialdienstes folgende Personen:

die Mitarbeiter der Regierungskabinette;

die Mitarbeiter des Kanzleidienstes der Regierung;

die Personalmitglieder des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

die Personalmitglieder der Dienststelle für Personen mit einer Behinderung;

die Personalmitglieder des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen;

die Personalmitglieder des Arbeitsamtes;

die pensionierten Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Eintritts in den Ruhestand zu einer der unter Nummer 3 bis 6 aufgeführten Kategorie gehörten;

die pensionierten Vertragsbediensteten, die mindestens während der drei letzten Jahre vor der Versetzung in den Ruhestand zu einer der unter Nummer 1 bis 6 aufgeführten Kategorie gehörten;

die Witwen, Witwer und Weisen, deren Gatte, Gattin oder Elternteil zum Zeitpunkt des Ablebens zu der in Nummer 1 bis 6 aufgeführten Kategorie gehörte;

die Kinder und die Ehepartner, insofern sie zu Lasten einer Person gehen, die zu einer in Nummer 1 bis 6 aufgeführten Kategorie gehören.

Die in Nummer 10 aufgeführten Personen haben kein Antragsrecht.

Die in Nummer 1 bis 6 aufgeführten Personen müssen mindestens für die Dauer von 3 Monaten angestellt sein.

Aufgaben des Dienstes und Finanzierung

Art. 3 - § 1 Der Sozialdienst gewährt den in Artikel 2 bezeichneten Personen entweder individuelle oder kollektive Hilfe.

Im Bereich der kollektiven Hilfe umfassen die Aufgaben des Sozialdienstes unter anderem:

1. die Förderung der Gesundheit und der gesundheitlichen Vorbeugung am Arbeitsplatz;
2. die Vorbereitung auf die Pension;
3. die Förderung von Kultur-, Sport- und Freizeitaktivitäten.

§ 2 Zwecks Finanzierung des Sozialdienstes wird jährlich für die in Artikel 2 § 1 Nummer 1 bis 8 angeführten Personen jeweils ein Betrag in Höhe von 120 EUR gewährt, wobei die Aufteilung der dadurch entstehenden Kosten zwischen Regierung und paragesellschaftlichen Einrichtungen folgendermaßen erfolgt:

1. die Regierung zahlt den Betrag für die Personen, die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 1 bis 3 angeführt werden sowie für die in Nummer 7 und 8 angeführten Personen, falls sie zuvor einer der in Nummer 1 bis 3 angeführten Kategorien angehörten
2. die Dienststelle für Personen mit einer Behinderung zahlt den Betrag für die Personen, die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 4 angeführt werden sowie für die in Nummer 7 und 8 angeführten Personen, falls sie zuvor der in Nummer 4 angeführten Kategorie angehörten
3. das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand zahlt den Betrag für die Personen, die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 5 angeführt werden sowie für die in Nummer 7 und 8 angeführten Personen, falls sie zuvor der in Nummer 5 angeführten Kategorie angehörten
4. das Arbeitsamt zahlt den Betrag für die Personen, die in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 6 angeführt werden sowie für die in Nummer 7 und 8 angeführten Personen, falls sie zuvor der in Nummer 6 angeführten Kategorie angehörten

Für die in Absatz 1 Nummer 1 angeführten Personalmitglieder, die einem dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft angegliederten Dienst mit getrennter Geschäftsführung zugeordnet sind, wird der Betrag aus dem Haushalt des jeweiligen Dienstes bestritten, falls die Besoldung dieser Personalmitglieder zu Lasten dieses Haushaltes erfolgt.

§ 3 Der in § 2 angeführte Betrag wird jedes Jahr entsprechend des Verbraucherpreisindex erhöht oder vermindert.

Beauftragung einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht

Art. 4 - Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft betraut eine von ihr zugelassene Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht, nachstehend als Vereinigung bezeichnet, mit der Durchführung der Aufgaben des Sozialdienstes.

Die Vereinigung erhält die in Artikel 3 angeführten Beträge.

Zulassungsbedingungen für die Vereinigung

Art. 5 - Um zugelassen zu werden, nimmt die Vereinigung folgendes in ihre Satzung auf:

1. die ausschließliche Zulassung der Personen, die in Artikel 2 des vorliegenden Erlasses aufgezählt sind, als Mitglieder;
2. den Zweck der Vereinigung, der im Einklang mit den in Artikel 3 vorgesehenen Aufgaben steht;
3. die Mandate des Verwaltungsrates der Vereinigung, die verhältnismäßig aufgeteilt werden unter den repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen, die im Sektorenausschuss XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft vertreten sind, in Ausführung des Erlasses vom 28. September 1984 zur Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1974 zur Organisation der Beziehungen zwischen den Öffentlichen Behörden und der Gewerkschaften der Bediensteten, die diesen Behörden unterstehen;
4. die Anwesenheit eines Vertreters der Regierung, der von Rechtswegen mit beratender Stimme an den Versammlungen des Verwaltungsrates, der Generalversammlung und anderer Organe der Vereinigung ohne Erwerbszweck teilnimmt;
5. die Verpflichtung der Vereinigung, die Ausführung jeglicher Maßnahmen auszusetzen, wenn der Vertreter der Regierung innerhalb von 5 Arbeitstagen nach dem Tag der Versammlung Einspruch erhebt gegen eine Entscheidung, die er für gesetzes-, ordnungs- oder satzungswidrig hält oder wenn er der Meinung ist, sie verstoße gegen das Allgemeinwohl. Die Regierung entscheidet über den Einspruch binnen 15 Arbeitstagen nach dem Tag des Erhalts des Einspruches;
6. die Überprüfung der Bücher der Vereinigung durch den in Nummer 4 genannten Vertreter;
7. einen schriftlichen Bericht des Sozialassistenten vor jeder Entscheidung bezüglich individueller Hilfe.

Zustimmungspflichtige Handlungen

Art. 6 - Die zugelassene Vereinigung holt die Zustimmung der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein für:

1. die Organisation von Verlosungen, Sammlungen jeglicher Art und den Verkauf von Abzeichen;
2. den Ankauf, Verkauf, Bau und die Arbeiten an Immobilien, die zur Ausübung der Tätigkeiten der Vereinigung von Nutzen sind;
3. die Abwicklung von Anleihen und Mietverträgen.

Befugnisse des Regierungsvertreters

Art. 7 - § 1 Die Tätigkeiten der zugelassenen Vereinigung werden von dem Vertreter, der von der Regierung ernannt worden ist, kontrolliert.

Dieser Vertreter darf die folgenden Funktionen ausüben:

1. die Versammlung des Verwaltungsrates einberufen und im Rahmen seiner Zuständigkeit seine Vorschläge auf die Tagesordnung setzen;
2. die Tätigkeiten und die Bücher der Vereinigung überprüfen
3. gemäß den in Artikel 5 Nummer 5 vorgesehenen Modalitäten Einspruch erheben gegen eine Entscheidung, die er für gesetzes-, ordnungs- oder satzungswidrig hält, oder wenn er der Meinung ist, sie verstoße gegen das Allgemeinwohl.

Der Einspruch erfolgt in den 5 Arbeitstagen nach dem Tag der Versammlung, in der die Entscheidung getroffen wurde. Der Einspruch hat aussetzende Wirkung.

Der Einspruch wird bei der Regierung eingereicht. Die Regierung entscheidet binnen 15 Arbeitstagen nach dem Tag des Erhalts des Einspruchs über die zu treffenden Maßnahmen, wobei sie eine Entscheidung annullieren kann. Erfolgt keine Entscheidung der Regierung, ist der Einspruch abgelehnt.

§ 2 Der Vertreter der Regierung kann zur Ausübung seiner Funktion alle Dokumente der Vereinigung einsehen, außer den persönlichen Akten der Hilfeleistungsempfänger, die alleine dem Sozialassistenten zur Verfügung stehen.

Er kann sich dabei vom Finanzinspektor beistehen lassen, der der Deutschsprachigen Gemeinschaft zugeordnet ist.

Jährlicher Haushaltsbericht

Art. 8 - Der Verwaltungsrat reicht bei der Regierung jährlich vor dem 31. März einen Bericht zum abgelaufenen Haushaltsjahr ein.

Beendigung der Zulassung

Art. 9 - Die Zulassung als Vereinigung kann von der Regierung durch eine begründete Entscheidung zurückgezogen werden, wenn:

1. die Vereinigung die in diesem Erlass definierten Ziele des Sozialdienstes nicht verfolgt;
2. sie gegen die in Artikel 6 und 7 genannten Bestimmungen verstößt.

In diesem Fall übernimmt die Regierung vorübergehend die Verwaltung des Sozialdienstes.

Hilfestellung durch Ministerium und parageinschaftliche Einrichtungen

Art. 10 - Die Vereinigung kann für die Aufgaben des Sozialarbeiters, für Sekretariatsarbeiten und für Büromaterial auf die Hilfe des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der in Artikel 1 angeführten parageinschaftlichen Einrichtungen zurückgreifen.

Aufhebung

Art. 11 - Der Erlass der Exekutive vom 18. Juli 1994 zur Schaffung eines Sozialdienstes für das Personal des Ministeriums und der Regierungskabinette der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird aufgehoben.

In-Kraft-Treten

Art. 12 - Der Erlass tritt am 1. Januar 2006 in Kraft.

Durchführung

Art. 13 - Der Ministerpräsident, zuständig für den Haushalt und das Personal, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 22. Dezember 2005

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2006 — 1146

[C - 2006/33026]

22 DECEMBRE 2005. — Arrêté du Gouvernement portant création d'un service social pour le personnel du Gouvernement, du Ministère et de certains organismes paracommunautaires de la Communauté germanophone

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu le décret du 19 juin 1990 portant création d'un « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung » (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées), notamment les articles 1 à 13;

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., notamment l'article 24, § 1;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone;

Vu les procès-verbaux S 4/2005 et S 8/2005 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone des 20 avril 2005 et 21 octobre 2005;

Vu l'avis de l'Inspection des finances, émis le 28 avril 2005;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 4 mai 2005;

Vu l'avis n° 38.484/3 du Conseil d'Etat émis le 5 juillet 2005 en application de l'article 84, alinéa 1, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel;

Après délibération,

Arrête :

Création du service

Article 1^{er}. Il est créé en Communauté germanophone un service social en faveur des personnes désignées à l'article 2.

Champ d'application

Art. 2. Les bénéficiaires du service social sont, pour autant qu'ils ne bénéficient déjà d'avantages offerts par le service social d'une autre institution :

- 1° les collaborateurs des cabinets ministériels;
- 2° les collaborateurs de la chancellerie du Gouvernement;
- 3° les membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone;
- 4° les membres du personnel de l'Office pour les personnes handicapées;
- 5° les membres du personnel de l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E.;
- 6° les membres du personnel de l'Office de l'Emploi;
- 7° les agents pensionnés qui, au moment de leur mise à la retraite, appartenaient à une des catégories reprises aux points 3° à 6°;
- 8° les agents contractuels pensionnés qui, durant au moins les trois dernières années précédant leur mise à la retraite, appartenaient à une des catégories reprises aux points 1° à 6°;
- 9° les veuves, veufs et orphelins dont l'époux, l'épouse ou le parent appartenait, au moment de son décès, aux catégories reprises aux points 1° à 6°;
- 10° les enfants et les conjoints, dans la mesure où ils sont à charge d'une personne appartenant à une des catégories reprises aux points 1° à 6°.

Les personnes visées au point 10° ne sont pas autorisées à introduire une demande.

Les personnes visées aux points 1° à 6° doivent être engagées pour une durée minimale de 3 mois.

Missions du service et financement

Art. 3. § 1^{er}. Le service social octroie une aide individuelle ou collective aux personnes visées à l'article 2.

Dans le domaine de l'aide collective, les missions du service social comprennent entre autres :

- 1° la promotion de la santé et de la prévention en matière de santé sur le lieu de travail;
- 2° la préparation à la pension;
- 3° la promotion d'activités culturelles, sportives et de loisirs.

§ 2. En vue de financer le service social, un montant de 120 est octroyé annuellement pour chacune des personnes visées à l'article 2, alinéa 1, 1° à 8°, les coûts engendrés étant répartis comme suit entre le Gouvernement et les organismes paracommunautaires :

1° Le Gouvernement paie le montant pour les personnes visées à l'article 2, alinéa 1^{er}, 1° à 3°, ainsi que pour les personnes visées aux points 7° et 8° si elles appartenaient auparavant aux catégories visées aux points 1° à 3°;

2° l'Office pour les personnes handicapées paie le montant pour les personnes visées à l'article 2, alinéa 1, 4°, ainsi que pour les personnes visées aux points 7° et 8° si elles appartenaient auparavant à la catégorie visée au point 4°;

3° l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E. paie le montant pour les personnes visées à l'article 2, alinéa 1^{er}, 5°, ainsi que pour les personnes visées aux points 7° et 8° si elles appartenaient auparavant à la catégorie visée au point 5°;

4° l'Office de l'Emploi paie le montant pour les personnes visées à l'article 2, alinéa 1^{er}, 6°, ainsi que pour les personnes visées aux points 7° et 8° si elles appartenaient auparavant à la catégorie visée au point 6°.

En ce qui concerne les membres du personnel visés à l'alinéa 1^{er}, 1°, qui sont affectés auprès d'un service à gestion séparée rattaché au Ministère de la Communauté germanophone, le montant est prélevé du budget dudit service lorsque les membres du personnel en question sont rémunérés à charge de ce budget.

§ 3. Le montant mentionné au § 2 est augmenté ou diminué annuellement sur la base de l'indice des prix à la consommation.

Association sans but lucratif chargée de mission

Art. 4. Le Gouvernement de la Communauté germanophone charge une association sans but lucratif, agréée par lui et ci-après dénommée "association", de l'exécution des missions du service social.

L'association perçoit les montants mentionnés à l'article 3.

Conditions d'agrément à remplir par l'association

Art. 5. Pour être agréée, l'association doit prévoir dans ses statuts :

1° d'accepter uniquement comme membres les personnes visées à l'article 2 du présent arrêté;

2° l'objet de l'association qui répond aux missions prévues à l'article 3;

3° de répartir les mandats du conseil d'administration de l'association entre les organisations syndicales représentatives qui sont représentées au sein du Comité de Secteur XIX de la Communauté germanophone, conformément à l'arrêté du 28 septembre 1984 portant exécution de la loi du 19 décembre 1974 organisant les relations entre les autorités publiques et les syndicats des agents relevant de ces autorités;

4° la présence d'un représentant du Gouvernement qui prend part de plein droit, avec voix consultative, aux réunions du conseil d'administration, de l'assemblée générale et des autres organes de l'association sans but lucratif;

5° l'obligation, pour l'association, d'arrêter l'exécution de toute mesure lorsque le représentant du Gouvernement introduit, dans un délai de 5 jours ouvrables après le jour de l'assemblée, un recours contre une décision qu'il estime contraire aux lois, aux règlements ou aux statuts ou lorsqu'il est d'avis qu'elle s'oppose à l'intérêt général. Le Gouvernement statue sur le recours dans un délai de 15 jours ouvrables après réception dudit recours;

6° la vérification des livres de comptes de l'association par le représentant nommé au point 4°;

7° un rapport écrit de l'assistant social avant toute décision relative à une aide individuelle.

Actes requérant un accord

Art. 6. L'association agréée doit demander l'accord du Gouvernement de la Communauté germanophone pour :

1° l'organisation de tombolas, de collectes de toutes sortes et la vente d'insignes;

2° l'achat, la vente, la construction et les travaux concernant des biens immeubles utiles à l'exercice des activités de l'association;

3° le règlement d'emprunts et de contrats de location.

Compétences du représentant du Gouvernement

Art. 7. § 1^{er}. Les activités de l'association agréée sont contrôlées par le représentant nommé par le Gouvernement.

Ce représentant peut exercer les fonctions suivantes :

1° convoquer l'assemblée du conseil d'administration et porter à l'ordre du jour ses propositions dans le cadre de ses compétences;

2° vérifier les activités et les livres de comptes de l'association;

3° conformément aux modalités prévues à l'article 5, 5°, introduire un recours contre une décision qu'il estime contraire aux lois, aux règlements ou aux statuts, ou lorsqu'il est d'avis qu'elle s'oppose à l'intérêt général.

Le recours est introduit dans un délai de 5 jours ouvrables après le jour de l'assemblée au cours de laquelle la décision a été prise. Le recours est suspensif.

Le recours est introduit auprès du Gouvernement. Celui-ci décide, dans un délai de 15 jours ouvrables après la réception du recours, des mesures à prendre; il peut annuler une décision. A défaut de décision du Gouvernement, le recours est rejeté.

§ 2. Pour l'exercice de sa fonction, le représentant du Gouvernement peut prendre connaissance de tous les documents de l'association sauf les dossiers personnels des bénéficiaires de l'aide qui sont à la seule disposition de l'assistant social.

Il peut se faire assister par l'Inspecteur des finances affecté auprès de la Communauté germanophone.

Rapport budgétaire annuel

Art. 8. Le conseil d'administration doit présenter chaque année au Gouvernement, avant le 31 mars, un rapport relatif à l'année budgétaire écoulée.

Fin de l'agrément

Art. 9. Le Gouvernement peut, par une décision motivée, retirer l'agrément de l'association si

1° l'association ne poursuit pas les buts du service social définis dans cet arrêté;

2° elle ne respecte pas les dispositions des articles 6 et 7.

Dans ce cas, le Gouvernement assume provisoirement la gestion du service social.

Aide du Ministère ou des organismes paracommunautaires

Art. 10. L'association peut solliciter l'aide du Ministère de la Communauté germanophone et des organismes paracommunautaires mentionnés à l'article 1^{er} pour les tâches du travailleur social, pour du travail de secrétariat et du matériel de bureau.

Abrogation

Art. 11. L'arrêté du Gouvernement du 18 juillet 1994 portant création d'un service social pour le personnel du Ministère et des cabinets ministériels de la Communauté germanophone est abrogé.

Entrée en vigueur

Art. 12. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2006.

Exécution

Art. 13. Le Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, est chargé de l'exécution du présent arrêté

Eupen, le 22 décembre 2005.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2006 — 1146

[C – 2006/33026]

22 DECEMBER 2005. — Besluit van de Regering tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van de Regering, van het Ministerie en van bepaalde paragegemeenschappelijke instellingen van de Duitstalige Gemeenschap

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een « Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), inzonderheid op de artikelen 1 tot 13;

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'S, inzonderheid op artikel 24, § 1;

Gelet op het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een Dienst voor Arbeidsbemiddeling;

Gelet op de protocollen S 4/2005 en S 8/2005 van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 20 april 2005 en 21 oktober 2005;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 28 april 2005;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 4 mei 2005;

Gelet op het advies nr. 38.484/3 gegeven op 5 juli 2005 door de Raad van State met toepassing van artikel 84, lid 1, 1°, van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel;

Na beraadslaging,

Besluit :

Inrichting van de dienst

Artikel 1. In de Duitstalige Gemeenschap wordt een sociale dienst ingericht ten gunste van de personen bedoeld in artikel 2.

Toepassingsgebied

Art. 2. Voor zover zij geen voordeel van een sociale dienst van een andere instelling genieten, zijn de begunstigden van de sociale dienst :

1° de medewerkers van de regeringskabinetten;

2° de medewerkers van de kanselarij van de Regering;

3° de personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

4° de personeelsleden van de Dienst voor de personen met een handicap;

5° de personeelsleden van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s;

6° de personeelsleden van de Dienst voor arbeidsbemiddeling;

7° de gepensioneerde bedienden die op het ogenblik van hun inruststelling tot één van de categorieën opgenomen onder 3° tot 6° behoorden;

8° de gepensioneerde contractuele personeelsleden die tijdens ten minste de 3 jaar vóór hun inruststelling tot één van de categorieën opgenomen onder 1° tot 6° behoorden;

9° de weduwen, weduwnaars en wezen wier echtgenoot of ouder op het ogenblik van zijn afsterven tot één van de categorieën opgenomen onder 1° tot 6° behoorde;

10° de kinderen en de echtgenoten die ten laste zijn van een persoon die tot één van de categorieën opgenomen onder 1° tot 6° behoort.

De onder 10° bedoelde personen hebben geen recht op aanvraag.

De onder 1° tot 6° bedoelde personen moeten ten minste voor een termijn van 3 maanden aangesteld zijn.

Opdrachten van de dienst en financiering

Art. 3. § 1. De sociale dienst kent ofwel een individuele ofwel een collectieve hulpverlening aan de in artikel 2 bedoelde personen toe.

Op het gebied van de collectieve hulpverlening omvatten de opdrachten van de sociale dienst onder andere :

1° de bevordering van de gezondheid en van de preventie inzake gezondheid op het werk;

2° de voorbereiding op de inruststelling;

3° de bevordering van culturele, sport- en vrijetijdsbestedingsactiviteiten.

§ 2. Met het oog op de financiering van de sociale dienst wordt jaarlijks voor de in artikel 2, lid 1, 1° tot 8°, bedoelde personen telkens een bedrag van 120 toegekend, waarbij de ontstane kosten als volgt verdeeld worden onder de Regering en de parageenschappelijke instellingen :

1° de Regering betaalt het bedrag voor de personen bedoeld in artikel 2, lid 1, 1° tot 3°, alsmede voor de personen bedoeld onder de punten 7° en 8°, indien ze voordien tot één der onder de punten 1° tot 3° vermelde categorieën behoorden;

2° de Dienst voor de personen met een handicap betaalt het bedrag voor de personen bedoeld in artikel 2, lid 1, 4°, alsmede voor de personen bedoeld onder de punten 7° en 8°, indien ze voordien tot de onder punt 4° vermelde categorie behoorden;

3° het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s betaalt het bedrag voor de personen bedoeld in artikel 2, lid 1, 5°, alsmede voor de personen bedoeld onder de punten 7° en 8°, indien ze voordien tot de onder punt 5° vermelde categorie behoorden;

4° de Dienst voor Arbeidsbemiddeling betaalt het bedrag voor de personen bedoeld in artikel 2, lid 1, 6°, alsmede voor de personen bedoeld onder de punten 7° en 8°, indien ze voordien tot de onder punt 6° vermelde categorie behoorden.

Voor de in lid 1, 1°, vermelde personeelsleden die aangesteld zijn bij een dienst met afzonderlijk beheer, aangesloten bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, wordt het bedrag met de begroting van de betrokken dienst bestreden, voor zover de personeelsleden ten laste van deze begroting bezoldigd worden.

§ 3. Het in § 2 vermelde bedrag wordt elk jaar verhoogd of verminderd op basis van het indexcijfer van de consumptieprijzen.

Opdrachthoudende vereniging zonder winstoogmerk

Art. 4. De Regering van de Duitstalige Gemeenschap belast een door haar erkende vereniging zonder winstoogmerk, hierna vereniging genoemd, met de uitvoering van de opdrachten van de sociale dienst.

De vereniging verkrijgt de bedragen vermeld in artikel 3.

Door de vereniging te vervullen erkenningsvoorwaarden

Art. 5. Om erkend te worden, moet de vereniging hetgeen volgt in haar statuten opnemen :

1° de bepaling dat slechts de personen bedoeld in artikel 2 van dit besluit als lid aanvaard worden;

2° het doel van de vereniging, dat overeenstemt met de in artikel 3 bepaalde opdrachten;

3° de mandaten van de raad van bestuur van de vereniging die evenredig worden verdeeld onder de representatieve vakbonden die bij het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap vertegenwoordigd zijn overeenkomstig het besluit van 28 september 1984 tot uitvoering van de wet van 19 december 1974 tot regeling van de betrekkingen tussen de overheid en de vakbonden van haar personeel;

4° de aanwezigheid van een vertegenwoordiger van de Regering, die van rechtswege met raadgevende stem aan de bijeenkomsten van de raad van bestuur, van de algemene vergadering en van de andere organen van de vereniging zonder winstoogmerk deelneemt;

5° de verplichting voor de vereniging, de uitvoering van iedere maatregel te schorsen wanneer de vertegenwoordiger van de Regering binnen een termijn van vijf werkdagen na de dag van de vergadering in beroep gaat tegen een beslissing waarvan hij meent dat zij de wetten en verordeningen of de statuten tegengaat of wanneer hij van mening is dat zij in strijd is met het algemeen belang. De Regering neemt een beslissing over het beroep binnen een termijn van 15 werkdagen na ontvangst van bovenvermeld beroep;

6° de verificatie van de boeken van de vereniging door de onder 4° bedoelde vertegenwoordiger;

7° een schriftelijk bericht van de maatschappelijk werker vóór elke beslissing betreffende een individuele hulpverlening.

Handelingen waarvoor toestemming vereist is

Art. 6. De erkende vereniging moet de toestemming van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap inwinnen voor :

1° de organisatie van tombola's, allerhande inzamelingen en de verkoop van insignes;

2° de aan- en verkoop, de bouw en de werken aan onroerende goederen die nodig zijn voor het uitoefenen van de activiteiten van de vereniging;

3° de regeling van leningen en huurovereenkomsten.

Bevoegdheden van de vertegenwoordiger van de Regering

Art. 7. § 1. De activiteiten van de erkende vereniging worden gecontroleerd door de vertegenwoordiger benoemd door de Regering.

Deze vertegenwoordiger mag de volgende functies waarnemen :

1° de vergadering van de raad van bestuur bijeenroepen en, in het kader van zijn bevoegdheden, zijn voorstellen op de agenda stellen;

2° de activiteiten en de boeken van de vereniging verifiëren;

3° overeenkomstig de modaliteiten vastgelegd in artikel 5, 5°, in beroep gaan tegen een beslissing waarvan hij meent dat zij de wetten, verordeningen of statuten tegengaat of wanneer hij van mening is dat zij in strijd is met het algemeen belang.

Het beroep wordt ingediend binnen een termijn van 5 werkdagen na de dag van de vergadering tijdens dewelke de beslissing werd genomen. Het beroep is opschortend.

Het beroep wordt ingediend bij de Regering. Deze bepaalt binnen een termijn van 15 werkdagen na de dag van de ontvangst van het beroep welke maatregelen moeten worden genomen; zij kan een beslissing vernietigen. Neemt de Regering geen beslissing, dan wordt het beroep afgewezen.

§ 2. De vertegenwoordiger van de Regering mag voor het uitoefenen van zijn functie in alle documenten van de vereniging inzage nemen met uitzondering van de persoonlijke dossiers betreffende de hulpgerechtigden die slechts ter beschikking staan van de maatschappelijk werker.

Hij kan zich laten bijstaan door de Inspecteur van financiën die bij de Duitstalige Gemeenschap aangesteld is.

Jaarlijks budgettair verslag

Art. 8. Jaarlijks moet de raad van bestuur de Regering vóór 31 maart een bericht over het afgelopen begrotingsjaar voorleggen.

Beëindiging van de erkenning

Art. 9. De erkenning als vereniging kan na een met redenen omklede beslissing door de Regering worden ingetrokken als

1° de vereniging de in dit besluit gedefinieerde doeleinden van de sociale dienst niet nastreeft;

2° ze de bepalingen van de artikelen 6 en 7 overtreedt.

In dit geval zorgt de Regering voorlopig voor het beheer van de sociale dienst.

Hulp verleend door het Ministerie of de parageenschappelijke instellingen

Art. 10. De vereniging kan een beroep doen op de hulp van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van de in artikel 1 vermelde parageenschappelijke instellingen voor de opdrachten van de maatschappelijk werker, voor secretariaatswerk of voor bureaumateriaal.

Opheffing

Art. 11. Het besluit van de Regering van 18 juli 1994 tot inrichting van een sociale dienst voor het personeel van het Ministerie en van de regeringskabinetten van de Duitstalige Gemeenschap wordt opgeheven.

Inwerkingtreding

Art. 12. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2006.

Uitvoering

Art. 13. De Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit. Eupen, 22 december 2005.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ